

Erkner – ungefiltert

Informationen der Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverordnetenversammlung Erkner

Nr. 1/2019 • 2. Januar 2019

DIE LINKE.

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung Erkner



Mit dem Jahr 2019 hat ein sogenanntes „Superwahljahr“ begonnen, in dem unser Eintreten für eine friedliche, sozial gerechte Welt im direkten Umfeld vor Ort, auf Landes- und europäischer Ebene von besonderer Bedeutung ist. Gehen wir die Aufgaben des neuen Jahres an mit hoch erhobenem Kopf, festem Zusammenhalt und aller gemeinsamen Kraft!

*Friedensmonument in Barcoo, Kuba,
Foto: Heinz Schneider*

Probleme von Kindern und Jugendlichen

Bericht von der Stadtverordnetenversammlung Erkner am 4. Dezember 2018

Der neue § 18a der brandenburgischen Kommunalverfassung sichert allen Kindern und Jugendlichen „in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte“ zu. Bürgermeister Pilz stellte die Bemühungen der Stadt an den Beginn seines Berichts über die Tätigkeit der Verwaltung in den letzten Monaten. „Wir werden daran weiter arbeiten“, sagte er.

■ In der Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 4. Dezember 2018 wurden sein Antrag zur

Satzung der Stadt Erkner zur Festlegung, Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen bei der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsleistungen im Land Berlin (Elternbeitragsatzung Berlin) und ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE dazu von der Tagesordnung genommen. Sie sollten die Elternbeitragshöhe festlegen, die die etwa 50 Erkneraner Eltern zahlen müssen, die ihre Kinder in Berlin betreuen lassen. Die Erkneraner Kindereinrichtungen von der Krippe bis zu zum Hort werden alle von frei-

en Trägern betrieben, die laut Kitagesetz ihre eigenen Kalkulationen und Satzungen erstellen müssen. Erkner braucht also keine Beitragstabellen. Die freien Träger wünschen sich aber einen Leitfaden, der das Vorgehen bei der Kalkulation, die Definition der Elterneinkommen und die soziale Staffelung der Elternbeiträge berücksichtigt. Die Stadtverwaltung legte den Ausschüssen eine Kalkulation und einen Satzungsentwurf vor, der zu extrem hohen Elternbeiträgen kam. Von den Eltern regte sich Protest.

Im Sozialausschuss wurde über den Satzungsentwurf in einer ersten Sitzung nicht abgestimmt, der Finanzausschuss und der Hauptausschuss waren in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Sozialausschuss zu der Einschätzung gelangt: Es sind noch zu viele Fragen zur Kalkulation der Elternbeiträge offen. So ist zum Beispiel strittig, ob die Kosten für die Kita-Gebäude, die die Stadt Erkner trägt, als Kosten in die Kalkulation der Elternbeiträge einbezogen werden dürfen (etwa 1,7 Mio. Euro). Unklar ist, wie Essengelder, die von den Eltern bezahlt werden, zu behandeln sind. Die Materie „Elternbeiträge“ ist durch das Brandenburger Kitagesetz und diverse Rechtsstreitigkeiten und Urteile kompliziert und intransparent.

Die Elternvertreter der Kitas und die Fraktion DIE LINKE hatten den in Brandenburg anerkannten Experten zu Kita-Rechtsfragen Jens Schröder zu einer vorbereitenden Sitzung eingeladen. Er meldete seine Bedenken an. Es wurde eine Arbeitsgruppe aus Stadtverordneten aller Fraktionen, Verwaltung, Eltern und Kita-Trägern angeregt, bevor der Beschluss endgültig in der SVV gefasst werden soll. Jens Schröder hat seine Hilfe dabei zugesagt.

Die Stadtverwaltung und die CDU-Fraktion haben aber jetzt festgestellt, dass kein Redebedarf bestehe. Die SPD äußerte sich noch nicht. Wir LINKEN stehen aber weiter an der Seite der Eltern, denn es kann nicht sein, dass Kinder die Einrichtungen nicht besuchen können,



Zeichnung: Klaus Struttmann

weil es sich die Eltern nicht leisten können oder dass zumindest ein Elternteil nur für Miete und Elternbeiträge arbeiten geht.

■ Als zweiter, eng mit den KITA-Elternbeiträgen verbundener Tagesordnungspunkt stand in der SVV eine Abstimmung über den

öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Landkreis, der die Stadt ermächtigt, Elternbeiträge für Kinder festzusetzen und einzuziehen, die in Berlin betreut werden. Jahrelang war das eine vertragslose gängige Praxis. Jetzt will der Kreis die Umsetzung des Staatsvertrages mit Berlin offiziell an die Kommunen delegieren. Obwohl auch hier die Fragen der Finanzierung zwischen Landkreis und Stadt nicht transparent geklärt wurden, hat die Mehrheit der Stadtverordneten gegen unsere Stimmen dem Vertrag zugestimmt.

■ Ein drittes Problem, das Kinder und Jugendliche betrifft, stand am 4. Dezember erst gar nicht auf der Tagesordnung: Die Stadtverordneten hatten in ihrer Sitzung am 5. Dezember 2017, also genau vor einem Jahr, die Absicht erklärt, die Lange Straße teilweise einzuziehen, sprich für den Verkehr zu sperren, um einen Schulcampus zu schaffen. Die Gefahren für die Schüler müssen beseitigt werden, wenn in der Löcknitz-Grundschule und im Hort „Koboldland“ Ganztagsunterricht ermöglicht werden soll. Eine Einbahnstraßenregelung genügt Lehrern, Eltern und Schülern nicht. Die Anwohner der Langer Straße können oder wollen nicht mit der Schließung leben.

Es wird auch hier noch viele Gespräche geben müssen, wenn es nach uns und nach § 18a der brandenburgischen Kommunalverfassung geht, sollen auch Kinder und Jugendliche mitentscheiden.

Dr. Elvira Strauß
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE
und des Sozialausschusses

Im Mittelzentrum die Kommunalwahl vorbereiten

„Gemeinsam bilden Erkner, Woltersdorf, Schöneiche und Rüdersdorf ein eng verwobenes Siedlungsgebiet mit fast 50 000 Einwohnern. Viele Aufgaben und Herausforderungen ähneln sich oder greifen unmittelbar ineinander. Wir setzen uns deshalb für eine engere Zusammenarbeit unserer Kommunen ein. Wir streben einen Kooperationsvertrag an, in dem Formen des regelmäßigen Austauschs und Ziele einer gemeinsamen Entwicklung unserer Region beschrieben werden“, heißt es in einem von Fritz Viertel (Ortsvorsitzender DIE LINKE in Schöneiche) erarbeiteten Papier zur Vorbereitung der Kommunalwahlen am 26. Mai 2019. Über die Ideen berieten die Ortsvorstände und Vertreter der Kommunalfraktionen am 20. Dezember 2018. Bisher haben Bürgermeister und Stadtverwaltungen oft nach dem Motto gehandelt: „Der Starke ist am Mächtigsten allein.“ Immer schwang der Vorwurf an Erkner mit, dass jährlich hier zwar 800 000 Euro Mittelzentrumsförderung ankommen, aber damit nichts für den Bereich Erkner, Woltersdorf, Schöneiche getan werde.

Konkurrenz und Eigeninteressen dürfen nicht mehr Handlungsgrundlage sein. Bei den Themen Soziales und Wohnen, Mobilität, Digitalisierung, Umwelt- und Klimaschutz sowie bei der Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe sollen sich

zukünftige linke Kommunalvertreter mit Anträgen in ihren Parlamenten für die Schaffung eines echten solidarischen Mittelzentrums einsetzen. Grünheide und Gosen-Neu Zittau sollten eingeladen werden, als Gemeinden mit uns gemeinsam zu handeln.

In linke kommunale Wahlprogramme sollten konkret umsetzbare Forderungen aufgenommen werden.

So könnten die Kommunen ein gemeinsames Schulkonzept erstellen, die Kitaplatz- wie die Wohnungsvergabe koordinieren und einen runden Tisch gegen Kinderarmut installieren. In den Verwaltungen soll nicht mehr mit Leiharbeitern gearbeitet werden – oder sie sollen wie Stammkräfte bezahlt werden.

Im Bereich Mobilität geht es um die Sanierung und den Ausbau guter, schneller sowie sicherer Rad- und Gehwege innerhalb und zwischen den Gemeinden einschließlich hilfreicher Beschilderungen, ebenso um den effektiveren, bedarfsgerechten Öffentlichen Personennahverkehr und den Erhalt der Straßenbahnen Woltersdorf und Rüdersdorf.

Die Lücken der Breitbandversorgung sollen geschlossen und kostenfreie, unabhängige Hotspots in den Kommunen bereitgestellt werden.

Durch gemeinsame Schulgärten und andere Formen soll die Umweltbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene vorangetrieben werden.

Das Ziel, so die Beratung der LINKEN aus Erkner, Woltersdorf und Schöneiche, ist es, gemeinsam die Aufgaben zu lösen. Ohne Berlin wird das aber auch nicht möglich sein. Ein Termin zu einer Beratung mit den Vertretern des Stadtbezirks Treptow-Köpenik ist für Januar 2019 vereinbart.

Termine

- öffentliche Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung Erkner (jeweils um 18.30 Uhr im Rathaus, Ratssaal)
 - 21. 1. Bildungsausschuss
 - 22. 1. Stadtentwicklungsausschuss
 - 23. 1. Finanzausschuss
 - 29. 1. Hauptausschuss
 - 12. 2. 24. Stadtverordnetenversammlung
- öffentliche Sitzungen der Fraktion DIE LINKE
 - 17. 1., 19 Uhr Stadthalle, Beratungsraum
 - 7. 2., 19 Uhr Sportzentrum, Kegelbahn

Weitere Termine der Fraktion DIE LINKE im Internet unter www.linke-erkner.de und auf facebook unter www.facebook.com/fraktiondielinkeerkner/.
Kontakt: kontakt@linke-erkner.de

Impressum:

Erkner – ungefiltert – Informationen der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner;
V.i.S.d.P.: Dr. Elvira Strauß, Fraktionsvorsitzende,
Tel.: 574 70 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de;
Redaktionsschluss: 2. 1. 2019, Auflage: 2 500;
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Köln

KURZ UND BÜNDIG

Stadtverordnetenversammlung am 4. Dezember 2018

■ Wechsel in der Fraktion DIE LINKE

Unser sachkundiger Einwohner im Stadtentwicklungsausschuss Steffen Schorcht (parteilos) hat seine Tätigkeit eingestellt. Seine Gründe liegen in einer hohen beruflichen Belastung, die ihn in ganz Deutschland unterwegs sein lässt. Wir danken Steffen für seine fachlich kompetente und engagierte Arbeit in und für die Fraktion sowie im Bürgermeisterwahlkampfteam von Silke Voges. Hauptsächlich wirkte Steffen für die Einwohner von Hohenbünde und Karutzhöhe, für den Trinkwasserschutz und für die Entwicklung des Tourismus in ganz Erkner. Die Fraktion wünscht Steffen Schorcht alles Gute und weiterhin viel Erfolg im Beruf. Wir haben vereinbart, dass wir uns an ihn wenden können, wenn wir Fachfragen haben.

Im Stadtentwicklungsausschuss wird Franziska Schneider seine Nachfolgerin bis zum Ende der Wahlperiode.

■ Ergänzungen für die „MOZ“

Kurz vor Weihnachten berichtete die „Märkische Oderzeitung“, dass in der SVV am 4. Dezember die Arbeitsgruppe „Digitale Kommune“ ihren Abschlussbericht vorgelegt hat, der Erkner auf dem Weg in das Computerzeitalter voranbringen soll. Über die geplante Einführung eines Bürgerhaushalts im Jahr 2020 wurde ebenfalls geschrieben.

Der Autor hat nicht mitgeteilt, dass beide Entwicklungen auf Ideen der LINKEN zurückgehen, die seit mindestens zwei Jahren beantragt sind. Beim Bürgerhaushalt wollten wir, dass die Bürger ab 2019 bei der Aufstellung des Haushaltsplanes in einem Umfang von 60 000 Euro mitbestimmen können. Nun soll es erst 2020 und nur in Höhe von 20 000 Euro sein. Schade, aber zumindest ein erster Schritt.

■ Bürgermeister für den Frieden

Erkner gehört seit dem 4. Dezember 2018 zu einem internationalen Friedensnetzwerk. Bürgermeister Henryk Pilz hat für seinen Antrag, der als Tischvorlage gereicht wurde, alle Stimmen der anwesenden Stadtverordneten erhalten. Er ist nun als Vertreter der Stadt Mitglied im Bündnis „Mayors for Peace“. Das internationale Netzwerk hieß früher „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der

vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“. „Meine Tochter hat einige Zeit in Japan gelebt. Sie hat mich auf die Existenz dieser Nichtregierungsorganisation aufmerksam gemacht“, sagte der Bürgermeister, als er gefragt wurde, wie er auf diesen Antrag kam und ob seine nächste Dienstreise nun ins Land der aufgehenden Sonne gehe. „Nein, ich werde nicht nach Japan fahren, denn die Landeshauptstadt Hannover ist eine der Vizepräsident- und Exekutivstädte des Bündnisses für Deutschland. Dort werden die Aktivitäten koordiniert.“

1982 rief der damalige Bürgermeister von Hiroshima, Takeshi Araki, dieses Städtebündnis ins Leben. Seither sind über 3 000 Städte in 134 Ländern, davon mehr als 320 in Deutschland, dem Netzwerk beigetreten. Ihr Ziel ist die Förderung des Friedens und insbesondere die Abrüstung aller Atomwaffen weltweit, wofür sich die Organisation unter anderem im Rahmen der Vereinten Nationen sowie durch Kampagnen einsetzt. Seit 2003 läuft die Kampagne „Vision 2020“, die eine atomwaffenfreie Welt im Jahr 2020 fordert.

Gerade angesichts des Rechtsrucks in vielen Ländern, angesichts wachsender Spannungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen in der Welt, an-

gesichts der Politik der USA gegenüber dem Iran, die Abrüstungszielen widerspricht und die Kriegsgefahr in einem ohnehin gefährlichen Gebiet der Erde weiter verschärft, setzt der Beschluss der Stadtverordneten Erkners ein deutliches Zeichen.

Wir folgen damit auch einem Beschluss des Kreistages Oder-Spree vom 20. Juni 2018, der mit sehr großer Mehrheit auf Antrag der Fraktion DIE LINKE folgte, dem Bündnis der „Bürgermeister für den Frieden“ beizutreten.



**Bürgermeister
für den Frieden**